



Zusammenfassung

Podiumsdiskussion, 07. Oktober 2010

Die EU und die geteilte Insel Zypern

Nadia Enzelsberger

Vortragende:

Botschafter Leopold Maurer (Persönlicher Repräsentant von EU Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Good-Offices Mission der UNO auf Zypern und Leiter der EU-Delegation in Montenegro)

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt (Universität Duisburg-Essen)

Moderation:

Mag. Hakan Akbulut (oiip)

Veranstaltungsort: Festsaal des BG Wasagasse

TeilnehmerInnen: ca. 60

Veranstaltungsdauer: ca. 90 Minuten

2004 trat die geteilte Insel Zypern der Europäischen Union bei. Dieser Beitritt regte die Diskussion über die Lösung des Teilungsproblems erneut an. Unumstritten ist jedoch, dass seit dem Jahr 1974 unzählige Anläufe zur Wiedervereinigung der Insel unternommen wurden. Es wirft sich deshalb die Frage auf, ob die Mitgliedschaft Zyperns in der Union einen positiven oder negativen Effekt auf die Wiedervereinigungsbemühungen ausübt. Um die Komplexität dieser Thematik greifbarer zu machen, referierte Heinz-Jürgen AXT zu Beginn über die geschichtliche Genese der

Zypernproblematik. Anschließend skizzierte Botschafter Maurer die Rolle der EU im Rahmen der Bemühungen um eine Wiedervereinigung.

Zypern wurde im 16. Jahrhundert Teil des Osmanischen Reiches und ab diesem Zeitpunkt ließ sich mehr und mehr auch eine muslimische Bevölkerung auf der Insel nieder. 1925 erhielt die Insel den Status einer britischen Kronkolonie. In den 1930er Jahren erfuhr die Bewegung für die Unabhängigkeit und den Anschluss an Griechenland einen Aufwind. Diese Bemühungen sollten Ende der 1940er und Anfang der 1950er unter Erzbischof Makarios weiter intensiviert werden. Die Unabhängigkeit wurde jedoch von den Briten abgelehnt. Auch die Türkei wurde Mitte der 1950er Jahre zu einer „Konfliktpartei“ und sprach sich gegen Enosis, also gegen einen Anschluss der Insel an Griechenland aus.

1960 wurde Zypern schließlich in die Unabhängigkeit entlassen, wobei das Regierungs- und Verwaltungssystem nach dem Proporzprinzip ausgestaltet wurde, um die Beteiligung von sowohl InselgriechInnen als auch InseltürkInnen zu gewährleisten. Dieses System wurde jedoch sehr früh in Frage gestellt und brach 1963 zusammen. Im Dezember 1963 brachen gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgemeinschaften aus. Dies veranlasste die Vereinten Nationen 1964 Blauhelmsoldaten in die Region zu entsenden, die bis dato auf der Insel stationiert sind (UNSC Resolution 186). Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde Erzbischof Makarios von der internationalen Gemeinschaft als legitimer Vertreter der Insel anerkannt. 1974 wurde Makarios mit einem Putsch gestürzt, um die Insel gewaltsam an Griechenland anzuschließen. In der Folge landeten türkische Truppen auf Zypern und eroberten rund 37% der Insel.

Im Anschluss sprach Heinz-Jürgen AXT über die wesentlichen Konfliktpunkte und mögliche Lösungsvorschläge und -vorstellungen der beiden Seiten: Die griechischen ZypriotInnen forderten eine Mehrheitsdemokratie mit einem starken Einheitsstaat. Das Gemeinschaftsrecht der EU solle auf der ganzen Insel und ohne Ausnahmen gelten. Die Rückgabe griechisch-zypriotischen Eigentums werde finanziellen Kompensationszahlungen vorgezogen. Zudem verlangten die griechischen ZypriotInnen

den Abzug der im Norden stationierten türkischen Truppen. Der Anschluss an Griechenland sei inzwischen natürlich kein Thema mehr.

Die türkischen ZypriotInnen hingegen würden für eine Wiedervereinigung auf der Grundlage eines (kon)föderalen Modells eintreten, in Rahmen dessen der gemeinsame Staat nur mit bescheidenen Kompetenzen ausgestattet und die zwei Teilstaaten über weitreichende Freiheiten verfügen sollten. Das Gemeinschaftsrecht sollte nach den Vorstellungen der InseltürkInnen restriktiv ausgeübt werden. Darüber hinaus würden die türkischen ZypriotInnen für finanzielle Kompensationen in der Eigentumsfrage plädieren und die türkische Armee als Sicherheitsgarant weiterhin auf der Insel stationiert sehen wollen.

Im Jahr 2002 präsentierte der damalige UN Generalsekretär Kofi Annan einen umfassenden Plan zur Wiedervereinigung der Insel. In einer vielfach überarbeiteten Version wurde dieser Plan 2004 zur separaten Abstimmung beider Volksgruppen auf der Insel vorgelegt. Die Umsetzung des Annan-Plans wurde von den griechischen ZypriotInnen mehrheitlich abgelehnt und von den türkischen ZypriotInnen angenommen. Letztere sahen im Annan-Plan vor allem die Chance eines Beitritts in die EU und der damit verbundenen Erlangung der Unionsbürgerschaft. Die Türkei sprach sich damals genauso für eine Annahme des Plans aus und unterstützte weiterhin eine Wiedervereinigung auf dessen Grundlage, um die Hindernisse auf ihrem Weg in die Union aus der Welt zu schaffen.

Nach dieser historischen Auseinandersetzung mit dem Thema beleuchtete Botschafter MAURER die aktuelle Situation näher: Der 2008 neu gewählte Präsident Dimitris Christofias versuche neue Akzente bei der Lösung des Zypernproblems zu setzen. Dabei solle Alexander Downer, der *Special Adviser* des UN-Generalsekretärs auf der Insel, beide Seiten unterstützen. Die Verhandlungen zur Lösungsfindung (bis dato rund 70 Treffen) fänden nun in einer Pufferzone statt, wobei beide Seiten den Prozess leiten und mit keinen Bedingungen, Fristen und mit keiner Einmischung von außen konfrontiert werden sollen. Es gebe sechs Kapitel, die es zu verhandeln gilt: Struktur des zukünftigen Staates, EU-Angelegenheiten, Wirtschaft, Eigentum, Territorium sowie Sicherheit und Garantien.

Im Hinblick auf eine Wiedervereinigung seien im Kontext der EU-Mitgliedschaft der Insel vor allem drei Fragen zu klären: die interne Koordinierung, die Repräsentation in den EU-Organen sowie allfällige Derogationen vom EU-Recht. Die gesamte Insel sei bereits jetzt de jure Teil der Europäischen Union. Das Gemeinschaftsrecht wurde jedoch im nördlichen Teil der Insel ausgesetzt. Wenngleich die Union keine direkte Rolle in den Verhandlungen einnehme, so verlange das Protokoll 10 des Beitrittsvertrages eine aktive Politik zur Lösung des Problems. Die EU sehe sich hierbei jedoch in erster Linie in einer „unterstützenden Rolle“. Zudem hat das EU-Parlament eine *High-level Contact Group* aufgestellt und behandle zur Zeit einen Entwurf zur Aufnahme des Direkthandels mit der türkischen Gemeinschaft. Die *Green-Line-Regulation* ermögliche zwar einen Handel zwischen der Union und den türkischen ZypriotenInnen, die Waren müssten jedoch über die Green Line in den Süden gebracht und von hier aus in die EU-Länder weiter transportiert werden. Die Union stelle auch Finanzhilfen für die türkische Gemeinschaft zur Verfügung und versuche einen Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten. Die Kommission unterstütze die UNO und stelle Expertise und Know-how zur Klärung der die Mitgliedschaft in der EU betreffenden Aspekte zur Verfügung (Ausdehnung des Acquis, Übergangsfristen, etc.). Die Mitgliedsstaaten würden auf bilateraler Ebene zur Lösung der Zypernfrage beizutragen versuchen, während sich die jeweiligen EU-Präsidentschaften aktiv in die Lösungsfindung einbrächten.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde deutlich, dass die Lösungsfindung den beiden Gemeinschaften überlassen wird und die EU in keiner direkt vermittelnden Rolle involviert ist. Indem sie Expertise zur Klärung der unionspezifischen Fragen bei der Ausgestaltung eines gemeinsamen zypriotischen Staatsmodells zur Verfügung stellt und u.a. mit Finanzhilfen den Norden auf eine Mitgliedschaft vorzubereiten sucht, versucht die Union unterstützend einzuwirken. Die Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, können aber natürlich von großer Relevanz für die weiteren Entwicklungen auf der Insel selbst sowie im Beziehungsgeflecht Zypern-EU-Türkei sein. Es darf in diesem Zusammenhang an den oben erwähnten Entwurf für eine Direkthandelsverordnung erinnert werden. Der Ausgang der Verhandlungen im EU-Parlament über diese Frage des Direkthandels mit dem türkischen Teil der Insel kann

mit Spannung erwartet werden, da dieser Entscheidung auch im Hinblick auf den Fortgang der Beitrittsgespräche zwischen der Türkei und der EU eine große Bedeutung zukommt. Die Türkei hat angeboten, ihre Häfen und Flughäfen für griechisch-zyprische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen, sollte die EU den Direkthandel mit der türkischen Gemeinschaft aufnehmen. Sollte die Entscheidung jedoch negativ ausfallen und die Türkei aufgrund der ungelösten Zypernfrage das Zusatzprotokoll zum Zollabkommen mit der EU im Falle der Republik Zypern weiterhin nicht anwenden, so könnten die Beitrittsgespräche bald zum Erliegen kommen.